Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

257 (2.11.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 257 | **Mittwoch, den 2. November 1932** | **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Das preußische Kabinett Braun will am Mittwoch zu einer Sitzung zusammentreten, um zu den neuen Maßnahmen des Reichskommissars Stellung zu nehmen.

*

Berliner Meldungen über eine Zusammenkunft des Vertrauensmanns der Reichsregierung mit den süddeutschen Ministerpräsidenten werden dementiert.

*

Ueber das sozialdemokratische Volksbegehren soll das Reichskabinett erst nach den Wahlen entscheiden.

*

Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz veröffentlicht einen Revolutionsplan der Kommunisten.

*

Die schwedische Regierung hat heute beschlossen, mit Deutschland Verhandlungen über Handelsfragen einzutreten.

*

Die Kontingentsverhandlungen mit Dänemark blieben ergebnislos.

*

Die Reise des französischen Ministerpräsidenten nach Madrid wird von den Pariser Zeitungen als reiner Höflichkeitsbesuch geschildert.

Das englische Kabinett hält noch immer Beratungen über die Abrüstung. Londoner Blätter sprechen von einem englischen Abrüstungsplan.

*

Anstelle des englischen Außenministers Simon, der durch Kabinettsberatungen über die Abrüstungspolitik an der Teilnahme an den Abrüstungsverhandlungen in Genf verhindert ist, wird der Unterstaatssekretär im Außenministerium, Eden, England in Genf vertreten.

*

Die englischen Hungermärschler in London versuchten am Dienstag abend, das Parlament zu stürmen, die Polizei konnte aber die Bannmeile freihalten. An verschiedenen Stellen kam es zu Zusammenstößen. Einige Personen wurden verhaftet. Die Zahl der Verletzten steht noch nicht fest.

*

Im vorbereitenden Finanzausschuß der Londoner Weltwirtschaftskonferenz verteidigte der deutsche Vertreter die Devisenbewirtschaftungspolitik des Reiches.

*

Das englische Schatzamt hat die Auflegung einer neuen 3%igen Konvertierungsanleihe in Höhe von 300 Millionen Pfund angekündigt.

*

Die Suche nach den 16 jungen Gotländern, die am Sonntag mit einem Boot auf das Meer hinausfuhren, hat bisher keinen Erfolg gehabt.

*

Das Reichsgericht verurteilte den früheren Matrosengefreiten Kurt Spital wegen Verrats militärischer Geheimnisse zugunsten Sowjetrußlands zu drei Jahren Zuchthaus.

*

An der norwegischen Küste bei Eisfjord ist der russische Dampfer „Stalin" mit 126 Grubenarbeitern an Bord gestrandet. Hilfsschiffe sind zur Rettung abgegangen.

*

Im Rahmen des Wahlkampfes am Dienstag sprachen u. a. Hitler in Pirmasens und Karlsruhe, Hugenberg in Breslau, Dingeldey in Solingen.

Danziger Note an Polen

Danzig, 1. Nov. Der Senat hat an den Vertreter Polens eine Note gerichtet, in der es u. a. heißt: „Unter dem 22. Oktober dieses Jahres hatte ich mich erneut an Sie gewandt wegen der **Behinderung des Absatzes Danziger Waren nach Polen.** Immer weitere Vorstellungen werden täglich bei dem Senat von Danziger Firmen gemacht, daß die Beschlagnahmungen Danziger Waren von dem polnischen Markt nicht nur nicht nachgelassen haben, sondern sogar weiter verschärft worden sind. Die polnischen Grenzstellen sind inzwischen dazu übergegangen, Danziger Waren nur dann über die Grenze zu lassen, wenn die Einfuhrgenehmigung eines polnischen Zollinspektors vorgelegt wird. Dies bedeutet nichts anderes, als daß für jede Einfuhr von Danziger Waren nach Polen eine **Einfuhrgenehmigung** nach polnischer Anschauung erforderlich ist, und daß die Einfuhr von Danziger Waren von der willkürlichen Aufstellung irgend welcher Bedingungen die mit den bestehenden Verträgen in Widerspruch stehen, von polnischen Zollinspektoren abhängig ist. Da ich es trotzdem immer noch nicht für möglich halte, daß die polnische Regierung in offener Form unter den Augen des Herrn Hohen Kommissars die Verträge verletzen will, muß ich Sie, Herr Minister, dringend bitten, auf meine Vorstellungen mir umgehend mitteilen zu wollen, ob Sie bereit sind dahin zu wirken, daß unverzüglich ein den Verträgen entsprechender Zustand in den Warenverkehr von Danzig nach Polen wieder hergestellt wird."

Politik im November

Vor wichtigen Entscheidungen

Schon die ersten Tage des neuen Monats bringen wichtige Entscheidungen. Am 6. November wird in Deutschland der Reichstag gewählt, am 8. in Amerika der Präsident. Diese beiden Ereignisse prägen dem November 1932 den Stempel auf. Man hat sich in Deutschland in den letzten Wochen merkwürdigerweise an den Gedanken gewöhnt, daß die diesmalige Reichstagswahl keine Entscheidung bringt und daß ihr weder innen- noch außenpolitisch große Bedeutung zukommt. Es ist bezeichnend genug, daß das Ausland die verhältnismäßig große Gleichgültigkeit, mit der man in Deutschland die Reichstagswahlen des 6. November erwartet, nicht teilt. Vielmehr ist dort die Spannung sehr groß. Man ist dort der Meinung, daß Deutschland seit der Machtübernahme durch das Kabinett Papen eine tiefgreifende Umwandlung durchmacht, deren Grenzen und Ausmaße noch nicht zu erkennen sind. Man glaubt, daß der 6 November erst zeigen wird, ob das deutsche Volk und der deutsche Staat vor neuen Erschütterungen bewahrt werden wird. Es sieht in der Tat beinahe so aus, als hätte das Ausland in dieser Hinsicht recht.

Die amerikanischen Präsidentenwahlen am 8. November werden sicherlich das größte politische Ereignis des Monats sein. Die fieberhafte Erwartung der Entscheidung steigt mit jedem Tag, nicht nur in USA. Hoover oder Roosevelt? Der letztere war kürzlich noch unbestrittener Favorit. In letzter Zeit ist es aber Hoover zweifellos gelungen, seinen Gegner im Rennen um das Weiße Haus etwas einzuholen. Und nun geht es zum letzten Spurt. Was steht da auf dem Spiel, für Amerika und die ganze Welt? Die Erwartungen sind sicherlich hier übertrieben. Der Programmunterschied ist zwischen den Republikanern und den Demokraten schon deswegen nicht sehr groß, weil keine der beiden Parteien überhaupt ein festumrissenes Programm hat.

Wie auch die Amerika-Wahlen ausfallen mögen: Washington wird nach dem 8. November eine große außenpolitische Aktivität entwickeln. Zahlreiche wichtige Entscheidungen wurden bis nach der Wahl zurückgestellt. Jetzt kommt der gesamte weltpolitische Problemenkomplex ins Rollen. Die Amerika-Wahlen werden sämtlichen Regierungen viel zu schaffen machen.

Eine erhebliche politische Bedeutung kommt diesmal einem Gedenktag zu, dem 15. Jahrestag der bolschewistischen Revolution am 7. November, der in Sowjetrußland mit großem Pomp gefeiert wird. Dieser Tag wird eine Heeresschau für den Weltbolschewismus sein, einen Rückblick und Ausblick bedeuten und von einer Verstärkung der bolschewistischen Propaganda der ganzen Welt begleitet sein. Deshalb verdient er in vollem Maße, an dieser Stelle erwähnt zu werden.

An internationalen Zusammenkünften fehlt es im November nicht. Die bedeutendste von ihnen wird die außerordentliche Ratstagung in Genf sein. Der erste Punkt des Programms ist die Entgegennahme des Lytton-Berichts über die Mandschurei. Dieser Bericht ist bekanntlich das Ergebnis monatelanger Erkundungen, die die Untersuchungskommission im Völkerbund im Fernen Osten an Ort und Stelle vorgenommen hat. Die Ergebnisse der Untersuchung sind begreiflicherweise für Japan nicht sehr günstig. Die japanische Regierung hat daher angeregt, von einer Durchsprechung des Lytton-Berichtes abzusehen. Für den Fall, daß der Völkerbund sich doch mit dem Mandschurei-Problem befassen wird, droht Japan mit dem Austritt. Die Genfer Völkerinstitution befindet sich daher in einer Zwickmühle. Daß sie aber nie allzu großen Wert darauf legte, Hort internationalen Rechts und der internationalen Gerechtigkeit zu sein, sondern sich stets vor Macht und „vollendeten Tatsachen" beugte, wird sie auch diesmal sich auf die Suche nach einem Kompromiß begeben oder zu der altgewohnten Methode der Vertagung greifen. In jedem Falle wird die außerordentliche Ratstagung eine politisches Falschspiel ersten Ranges sein. Im Monat November ist also nicht für Abwechslung, sondern auch für Erbauung gesorgt. Dies wollen wir dankend zur Kenntnis nehmen.

Keine Stuttgarter Konferenz

Berlin, 1. Nov. In der Presse ist verschiedentlich von einer Stuttgarter Konferenz zwischen dem Bevollmächtigten der Reichsregierung Freiherrn von Lersner und den Ministerpräsidenten von Bayern und Württemberg die Rede, die dadurch nicht zustande gekommen sein soll, daß Freiherr von Lersner Stuttgart vor der Ankunft des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held verlassen habe. Von zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß eine derartige Konferenz überhaupt nicht geplant gewesen sei. Freiherr von Lersner steht seinem Auftrag gemäß in ständiger Fühlung mit den süddeutschen Ministerpräsidenten und befindet sich augenblicklich auf einer Reise nach Dresden und den süddeutschen Hauptstädten München, Stuttgart und Karlsruhe. Es ist richtig, daß Freiherr von Lersner **in Stuttgart mit dem Staatspräsidenten Dr. Bolz verhandelt hat.** Eine Zusammenkunft mit dem dann abends in Stuttgart eingetroffenen Ministerpräsidenten Dr. Held war aber nicht vorgesehen.

Noch keine Entscheidung über sozialdemokratisches Volksbegehren

Berlin, 1. Nov. Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte vor einigen Monaten ein Volksbegehren auf Aufhebung der sozialpolitischen Ermächtigung der Reichsnotverordnung beim Reichsinnenminister beantragt. Eine Entscheidung über die Zulassung dieses Volksbegehrens ist noch nicht gefallen. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ hört, ist diese Verzögerung darauf zurückzuführen, daß die **Zulassung dieses Volksbegehrens eine Reihe von Rechtsfragen aufwirft,** die einer gewissenhaften Prüfung bedürfen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind solche Volksbegehren unzulässig, die den Etat des Reiches berühren. Die Klärung dieser Frage ist bei dem sozialdemokratischen Volksbegehren besonders schwierig und macht umfangreiche Besprechungen innerhalb der verschiedenen Reichsressorts notwendig. Solche Besprechungen fanden auch in diesen Tagen wieder statt. Die Entscheidung über die Zulassung des Volksbegehrens wird in der nächsten Zeit, allerdings kaum noch vor den Wahlen, fallen. Angesichts der Schwierigkeiten wird aber in diesem Falle der Innenminister kaum allein die Entscheidung fällen, sondern es ist zu erwarten, daß **das Gesamtkabinett zu dem Volksbegehren Stellung nimmt und über Zulassung oder Nichtzulassung entscheidet.**

Weitere Hetzereien von Professor Förster

Paris, 1. Nov. „Echo de Paris" berichtet über den Vortrag, den Professor Förster vor der Union Chretienne in Paris gehalten hat. Darnach hat Förster **England und Frankreich angefleht, endlich eine energische Haltung gegenüber den unbegrenzten Ambitionen des imperialistischen Deutschlands einzunehmen.** Die Karte Europas wie der Versailler Vertrag sie geschaffen habe, sei die denkbar gerechteste. Die Schaffung des polnischen Korridors behindere Deutschland in nichts und sei nur eine gerechte Wiedergutmachung der einstigen Zerstückelung Polens.

Man wird sich hoffentlich auch in Frankreich keine Illusionen über die politischen und moralischen Qualitäten dieses Deutschenhassers machen, der seit Jahren unter dem Deckmantel des Pazifismus bei jeder Gelegenheit geradezu schamlose Quertreibereien zur Verstärkung des Mißtrauens gegenüber Deutschland und damit zur Vereitelung jeder Art von Verständigung oder Abrüstung unternimmt.

Herriots Besuch in Madrid

Der französische Ministerpräsident Herriot ist in Madrid eingetroffen und hat sogleich dem Präsidenten der spanischen Republik, Zamora, einen Besuch abgestattet, der 20 Minuten dauerte. Er überreichte dem Präsidenten Zamora das Großkreuz der Ehrenlegion. Es folgte ein Besuch bei dem Präsidenten der spanischen Kammer, Besteiro, und dem Ministerpräsidenten Azana. Die Unterredung des französischen mit dem spanischen Ministerpräsidenten dauerte anderthalb Stunden. Besteiro erklärte nach dem Besuch Herriots den Vertretern der Presse, Herriot habe nur von allgemeiner Politik gesprochen und darauf bestanden, daß man seiner Reise keine geheimen Zwecke beilegen möge. Er wünsche, daß man seine Reise als freundschaftlichen Besuch auslege.

*

Wie Reuter meldet, wurde dem französischen Ministerpräsidenten Herriot in Madrid ein kühler Empfang zuteil. Studenten und andere junge Leute zogen durch die Straßen mit den Rufen: „Tod für Herriot! Nieder mit Frankreich! Nieder mit dem Imperialismus! Wir wollen keine Kriege!" Polizei säuberte die Straßen.

Der Aufenthalt Herriots in Madrid wird von der französischen Presse, die eine große Zahl von Sonderberichterstattern nach Spanien entsandt hat, mit großem Aufwand an Worten geschildert. In langen Spalten wird der französischen Oeffentlichkeit mitgeteilt, wie begeistert die Regierung in Madrid sei, welch guten Eindruck Herriot überall gemacht habe und wie seine Unterhaltungen mit den spanischen Staatsmännern jeden politischen Inhalts bar seien. Nicht ein Wort über irgend ein politisches Ziel findet sich in diesen wie auf ein Kommando geschriebenen Artikeln.

Herriot vor der spanischen Presse.

T.U. **Madrid**, 1. Nov. Auf einem Presseempfang in der französischen Botschaft am Dienstag, zu dem auch die Auslandspresse eingeladen war, wies Herriot alle Vermutungen über den Zweck seiner Reise zurück. Er bemerkte dabei, daß er von der deutschen Presse trotz seiner Aufrichtigkeit schlecht behandelt würde. Auf die Zwischenbemerkung eines spanischen Pressevertreters, daß doch bei der Reise der Gedanke an ein Bündnis Frankreichs mit Spanien nahe liege, antwortete Herriot, daß kein Mensch das Recht habe, an dem Wort eines französischen Ministerpräsidenten zu zweifeln. Er sei als Freund der spanischen Demokratie in Madrid und wolle Spanien nicht in Konflikte bringen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das alte und das neue Preußen

Geschichtliche Anmerkungen zum Kampf gegen den Dualismus

Jedem geschichtlichen Ereignis geht ein Stadium des Werdens und Wachsens voraus: die Vorgeschichte. Zeitgenössische Urteile, zumal Kritiken des Tages und obendrein vor dem Endspurt der Parteien zu einer Wahl, die, unerwartet herbeigeführt, plötzlich ungeahnte Bedeutung dadurch erhalten hat, daß dem in ihr gewählten Parlament der Verfassungsentwurf zur Entscheidung vorgelegt werden soll, kranken zu 99 Prozent daran, daß sie gerade die Vorgeschichte nicht berücksichtigen. Das verbleibende eine Prozent darf dann wenigstens der Historiker für sich in Anspruch nehmen, zumal wenn er versucht, unvoreingenommen die Dinge in großen Zusammenhängen und weiten geschichtlichen Räumen zu prüfen und zu ordnen.

Von diesem Blickpunkt aus betrachtet, datiert der Konflikt zwischen dem Reich und Preußen nicht erst seit dem 20. Juli 1932, der dem Urteil des Staatsgerichtshofes zugrunde lag, sondern seit dem 11. August 1919, dem Tage der Weimarer Verfassung. Denn mit ihm und mit ihr ist die Abkehr von dem Bismarckschen Gedanken der gemeinsamen Spitze für Reich und Preußen dokumentarisch festgelegt und in dem Staatsgrundgesetz des Deutschen Reiches dokumentarisch niedergelegt worden. Gewiß hatte Preußen in der Zeit von 1871 bis 1919 sein eigenes staatliches Leben. Aber niemals ist es im Laufe dieser fast fünfzig Jahre zu einem offenen Konflikt mit dem Reich gekommen, weil die Personalunion des deutschen Kaisers und des Königs von Preußen einerseits und die des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten andererseits es einfach unmöglich machten, daß sich die Politik des einen Teiles gegen die des anderen richtete. Nur ein einziges Mal ist es zu leichten Mißhelligkeiten gekommen, als in den siebziger Jahren Bismarck vorübergehend das Amt des preußischen Ministerpräsidenten nicht ausübte. Daß der durch die Verfassung geschaffene Dualismus zwischen dem Reich und dem größten Land, das nach Umfang und Bevölkerungszahl drei Fünftel des ganzen Deutschen Reiches umfaßt, zunächst nicht zu Konflikten führte, ergab sich ganz von selber aus der Homogenität, die in den ersten Jahren der Republik die parteipolitische Zusammensetzung der beiderseitigen Regierungen erbrachte. Die Parteien der Weimarer Koalition, lediglich gelegentlich und auf kürzere Zeitspanne ergänzt durch die Deutsche Volkspartei, besetzten die Regierungen und die Ministerien, wobei sich sogar zeitweilig eine parteipolitische Uebereinstimmung in den kompetenzverwandten Ministerien des Reiches und Preußens ergab. Erst zu Beginn des Jahres 1923 ergab sich eine parteipolitische Verschiebung, die aber zu keinen Folgerungen nach außen hin führte, weil der Ruhrkrieg ganz von selbst den Austrag innenpolitischer Konflikte verbot. Aber vom Jahre 1925 ab fängt die Reibungsfläche an zu entstehen und sich zu vergrößern. Von den beiderseitigen Bürokratien genährt, mußte das unter der Asche glimmende Feuer zur offenen Flamme auflodern, als der aus der Geschichte aller Zeiten und Länder bekannte Pendelschlag nach der der Weimarer Koalition entgegengesetzten Seite einsetzte.

Daß an das Nebeneinander der Behörden und dem Uebermaß bürokratischen Leerlaufs eines Tages der Hebel angesetzt werden mußte, war eine Erkenntnis, die sich nicht etwa auf einzelne Politiker der Parteien der Opposition beschränkte, sondern von allen geteilt wurde, die den staatlichen Umschwung 1918/19 nicht als einen Abschluß, sondern als den Beginn einer neuen Reformperiode ansahen. Entwicklungsgeschichtlich gesehen war die Zweiteilung der Gewalten und Zuständigkeiten zwischen Reich und Preußen ein Rückschritt. Als die zunehmende Finanznot uns auf den Nägeln zu brennen begann, erinnerte man sich — theoretisch rechtzeitig, praktisch allerdings reichlich spät — der Notwendigkeit der Vereinigung des Reichs-Durcheinanders, das durch die Weimarer Verfassung nicht beseitigt, sondern nur in anderer Form eingeweckt erscheint. Seit dem Jahre 1928 haben wir eine Fülle von Organisationsplänen über uns ergehen lassen müssen. Die Zahl der Vorschläge und Denkschriften ist Legion. Eine Reihe von Länderkonferenzen hat bereits stattgefunden, der Reichsrat hat sich wiederholt mit dem Problem befaßt, und von einzelnen Parteien sind Initiativanträge genug im Reichstag und in den parlamentarischen Vertretungen einzelner Länder eingebracht worden. Bei allen diesen Veranstaltungen und Vorgängen ist eine Fülle geschichtlicher, staatsrechtlicher und politischer Erkenntnisse zutage getreten, sind so viel gute und gerechte Gründe mit Scharfsinn und Logik vorgebracht worden, daß man sich nur wundern muß, wie man noch so viel guter Theorie auch nicht zu dem kleinsten praktischen Schritt vorwärts gelangen konnte.

Deswegen ist alles, was in den letzten Monaten und im besonderen in den letzten Tagen geschehen ist, gewiß politisch umstritten, aber geschichtlich erklärbar. Denn der Schritt der Reichsregierung vom 20. Juli d. J. ist die Auflösung eines äußerlich mechanischen Vorganges an einer Maschine, die innerlich bereits fertiggestellt worden war. Geschichtlich gesehen erleben wir die Rückkehr zum Bismarckschen Grundgedanken, daß Preußen das Rückgrat des Reiches sein muß und infolgedessen, wenn die Länder bestehen bleiben sollen, was nach den Aussprüchen des Reichskanzlers von Papen die unbestreitbare Absicht der Reichsregierung ist, eine Neuformung der organischen Verbindung notwendig ist. Daß wir uns auf die Dauer den Luxus zweier Regierungen nebeneinander, noch dazu in der gleichen Stadt, nicht länger leisten können, wird im Prinzip auch von denen anerkannt, die jetzt aus Gründen, deren Berechtigung und Nichtberechtigung zu prüfen an dieser Stelle nicht der Ort ist, Widerspruch zu erheben. Wohlgemerkt handelt es sich lediglich um **eine Rückkehr zum Bismarckschen Gedanken, nicht zu der von Bismarck gewählten Form.** Die Geschichte wiederholt sich nie, und mit bloßem Abschreiben oder Imitieren von etwas bereits Bestehenden kann man weder Politik treiben noch Geschichte machen. Mag man den Spruch von Leipzig anerkennen oder schelten, die Tatsache bleibt unumstößlich bestehen, daß der Streit darüber, ob die Neuordnung in Preußen rechtlich Bestand hat, **materiell zugunsten der Reichsregierung entschieden worden ist.** Wenn dem aber so ist, bleiben die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung in Preußen nicht nur bestehen, sondern die Reichsregierung behält darüber hinaus die Möglichkeit, durch ihren Kommissar oder weitere Beauftragte auch fernerhin in Preußen die Anordnungen zu treffen, die sich — wohlverstanden immer auf Grund des Leipziger Urteils — etwa als notwendig erweisen.

Allerdings gibt es in der Geschichte Situationen, in denen nicht mehr noch so großer Scharfsinn höchster juristischer Wissenschaft und Rechtsprechung entscheidet, sondern allein der Erfolg und die Zweckmäßigkeit. Darüber im Augenblick ein Urteil zu fällen, das auch vor der Geschichte Bestand hat, ist nicht möglich. Vor allem muß die Psychose der Wahlagitation und der Wahltag selbst erst vorüber sein, bis der Abstand zu den Geschehnissen ein rückschauendes Urteil gestattet. Nicht das alte Preußen wird zu Grabe getragen, aber das neue Preußen von 1919 wird bis zu einem gewissen Grade liquidiert. Beide Preußen jedoch erleben jetzt eine geschichtliche Urständ. Das ist der letzte und tiefste Sinn des Geschehens der vergangenen aufgeregten Tage.

Die Sicherung der preußischen Gemeindehaushalte

T.U. **Berlin,** 2. Nov. Die preußische Kommissariatsregierung hielt am Dienstag eine Kabinettssitzung ab, in der die finanzielle Notlage der Gemeinden und die damit zusammenhängenden grundsätzlichen Fragen erörtert wurden. Es wurde nach einer Meldung Berliner Blätter beschlossen, zwei Verordnungen zu erlassen, die am heutigen Mittwoch in Kraft gesetzt werden sollen. Es handelt sich um eine Verordnung über die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände, sowie um eine Verordnung über die Aufstellung von Stellenplänen in den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Vor allem ist eine Verschärfung der Aufsicht geplant, die zwar vom Grundsatz der Selbverwaltung ausgehen, aber den Gesichtspunkt verfolgen soll, daß überall sofort eingegriffen werden muß, wo Stadtverordnetenversammlungen durch Agitationsbeschlüsse die geregelte Finanzgebahrung gefährden. Praktisch wird ferner eine Stärkung der Stellung des Magistrats gegenüber der Stadtverordnetenversammlung erstrebt.

Aus der Wahlbewegung

Staatspräsident Bolz über die Verfassungsreformpläne

Berlin, 1. Nov. Die „Vossische Zeitung" veröffentlicht heute einen Artikel des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bolz, der als erster in der „Wahlkampftribüne" des Blattes zu Worte kommt. Unter dieser Spitzmarke sollen führende Vertreter der Gruppen in dem Blatt Gelegenheit zur Meinungsäußerung haben, die sich „zur Verfassung als dem Grundsatz der Nation" bekennen.

Staatspräsident Dr. Eugen Bolz schreibt unter der Ueberschrift: „Keine Experimente!" u. a., wer sich ernsthaft mit den politischen Aufgaben und ihren Lösungsmöglichkeiten befaßt, findet Gegebenes und Zwangsläufiges und wird bald zu der Erkenntnis kommen, daß alles Experimentieren mit dem sogenannten „Herumwerfen des Steuers" nichts helfen kann. Ruhe muß in das Volk ziehen. An diesem berechtigten Verlangen des Volkes versündigen sich diejenigen, die ohne zwingende Not die Zahl und das Maß der Sorgen des Volkes vermehren. Noch einmal gibt es Verfassungssorgen. Es ist wahr, daß einige Bestimmungen änderungsbedürftig sind. Das alles aber zu seiner Zeit. Nicht übertreiben und wahrhaftig bleiben! Daß man die Parteien nicht heranziehen kann, daß man auf dem Instrument des Parlaments nicht zu spielen versteht, ist noch kein Beweis für dringende Reformbedürftigkeit, höchstens für mangelnde persönliche Eignung. — Gegen unseren Willen ist die Verfassungsfrage in den Wahlkampf geworfen worden. Wir nehmen den Kampf auf. Wir sind überzeugt, daß das Volk begreift, um was es am Ende geht. Wir sind überzeugt, daß gerade diese Fragen geeignet sind, gleichgültiges Volk aufzurütteln. Wir hoffen, daß die Fragen der Verfassung, der Kampf um die Grundrechte des Volkes, einen starken Anstoß zur Zusammenarbeit nach der Wahl bilden. Eine Notgemeinschaft der Parteien ist die entscheidende politische Frage nach den Wahlen. Kommt sie nicht zustande, dann ist der Verfassungsbruch und die Diktatur unvermeidlich.

*

Nationalsozialistische Wahlversammlung

Freiburg, 1. Nov. Am Montag abend fand in der Städtischen Festhalle eine gut besuchte nationalsozialistische Wahlkundgebung statt, in der der über 70jährige General a. D. Litzmann u. a. ausführte, daß wir seit 14 Jahren in einem ewigen Kriegszustand lebten, wobei sich seit 1918 nur die Schlachtfelder und Gegner geändert hätten. Neben den inneren Gegnern der schwarzen und roten Internationale sei ein neuer Gegner entstanden, die Reaktion. Bei den weiteren Ausführungen des Redners kritisierte dieser die Haltung Hindenburgs seit den Waffenstillstandstagen bis zur Gegenwart. Er, General Litzmann, beuge sich vor Adolf Hitler, weil dieser ein Werkzeug Gottes sei. Den Deutschnationalen spreche er jedes Recht ab, den großen Führer zu kritisieren.

*

Streichung von Reichswahlvorschlägen

Berlin, 1. Nov. Der Reichswahlausschuß hat die Reichswahlvorschläge zur Reichstagswahl unter der Voraussetzung zugelassen, daß Kreiswahlvorschläge zugelassen werden, die sich an diese Reichswahlvorschläge anschließen. Diese Voraussetzung ist für die Reichswahlvorschläge Nr. 22 „Freiheitsbewegung Schwarz-Weiß-Rot (Reichsbund der Baltikum-, Grenzschutz- und Freikorpskämpfer)", Nr. 23 „Deutsche Kaiserpartei" und Nr. 24 „Deutsche Präsidialpartei" nicht erfüllt worden. Diese Reichswahlvorschläge wurden gestrichen.

Flugzeugunglück

T.U. **Basel,** 1. Nov. Zwischen Pratteln und Augst im Kanton Basel-Land stürzte am Dienstag vorm. ein schweizerisches Militärflugzeug ab, mit dem der Meteorologe Oberleutnant Böttcher vom Basler Flugplatz Birsfelden nach Zürich fliegen wollte. Infolge des schlechten Wetters mußte sich der Flieger ziemlich niedrig halten. Der Motor setzte plötzlich aus. Ob der Flieger noch eine Notlandung versuchen wollte oder direkt mit der Maschine abgestürzt ist, steht noch nicht fest. Der Flieger ist schwer verletzt, der Apparat vollständig zerschellt.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[5

Wäre Ralphi mein eigenes Kind, nicht nur mir anvertraut, ich bin sicher, ich fände den richtigen Weg. So aber", ihre Stimme wurde noch leiser, demütig fast, „fürchte ich immer, etwas falsch zu machen und dir das einzige, was dir geblieben ist, falsch zu erziehen. Kannst du daraus nicht meine Nervosität verstehen?"

Weltner sah seine Kusine überrascht an. So hatte sie noch nie zu ihm gesprochen. Wie weich klang ihre Stimme, wie teilnahmsvoll sahen ihre großen grauen Augen aus dem klassisch schön geschnittenen Gesicht! Und wie vernünftig war plötzlich alles, was sie über Ralph und ihre Stellung zu ihm sagte!

„Natürlich kann ich dich begreifen, liebe Ina. Ich wäre dir sehr, sehr dankbar, wenn es dir gelänge, auch ohne mein Eingreifen mit Ralphi auszukommen. Du kannst dir denken, daß es für mich immer ein Schmerz ist, wenn ich nach Hause komme und den strengen Vater spielen soll. Den ganzen Tag sehe ich das Kind nicht, und komme ich zurück, soll ich mir die kurzen Minuten auch noch vergällen. Vor allem wird Ralphi dann immer mehr verlernen, Liebe und Vertrauen zu mir zu haben, wenn er mich nicht anders als strafend kennenlernt.

Und was ist mir denn noch geblieben außer der Arbeit? Doch nur mein Kind. Wenn ich auch noch seine Liebe verliere — was ist denn dann noch an Glück für mich da?"

Er schwieg und wandte sich ab. So sah er nicht das eifersüchtige Leuchten in den kalten grauen Augen der Frau, die ihm gegenüberstand und deren Gedanken nur den einzigen Inhalt hatten, diesen Mann für sich zu gewinnen. Aber der Weg war noch weit; sie fühlte es heute mit aller Deutlichkeit, und sie war viel zu klug, um sich einer Selbsttäuschung hinzugeben. Ihr Vetter war heute noch wie früher an seine verstorbene Frau gebunden, und nur, wenn man ihn Maria vergessen ließ, würde man sein Ziel erreichen.

Vorbedingung aber zu allem war, daß man in Weltner den Glauben erweckte, man verstände sich mit Ralph. Das mußte zu erfüllen sein, wenn nicht mit, so gegen dieses trotzige Kind, das sich Inas Willen immer widersetzte.

Als Weltner sich umdrehte, lag ein gütiges Lächeln um den schönen Mund Inas.

„Ich will es versuchen, Robert", flüsterte sie leise und reichte ihm die Hand, die er dankbar an seine Lippen führte.

In diesem Augenblick klopfte es. Mit gespielter Verlegenheit löste Ina ihre Hand aus der des Vetters.

„Das Mädchen!" sagte sie leise.

Schon erschien Babette, das Hausmädchen, mit einem zierlich angerichteten Tablett, auf dem ein kaltes Abendbrot für Weltner stand.

Eilfertig rückte Ina die große Stehlampe mit dem grünschattenden Schirm näher an den tiefen Mahagonitisch, der neben einer bequemen Sesselgarnitur stand, und überwachte mit scharfen Augen, wie Babette die Schüsselchen mit dem kalten Imbiß hinstellte.

„Gehen Sie nur", befahl sie dann, „ich mache das übrige schon. — Nun stärke dich erst einmal!"

Sie legte Weltner einige der zierlichen Schnittchen auf den goldumrandeten Teller hin und goß ihm aus der silbernen Teekanne den duftenden Tee ein. „Ich habe eine extra Lieblingsspeise für dich: Gänseleber in Aspik. Eigenhändig gemacht nach dem Rezept deiner Mutter."

Mit Behagen griff Weltner nach dem gerösteten Toast mit dem leckeren Belag.

„Das sieht ja wirklich verführerisch aus! Wie nett von dir, an meine Liebhaberei zu denken."

„Möchtest du nicht ein Gläschen Portwein trinken? Tee schmeckt doch nicht dazu!" sagte Ina eifrig.

„Ja, aber nur, wenn du mir Bescheid gibst!" gab er freundlich zur Antwort. Er wollte aufspringen, aber Ina kam ihm zuvor.

„Nein, nach einem solch anstrengenden Arbeitstag mußt du dich schon von mir bedienen lassen", meinte sie lächelnd und ging ins Nebenzimmer, um gleich darauf mit einer schwergeschliffenen Kristallflasche und zwei schlanken Stengelgläsern zurückzukehren.

Sie goß die Gläser voll und reichte eines davon dem Vetter.

„Also, auf ein besseres Gelingen mit Ralph", sagte sie und sah ihn fest an. Er blickte mit Wärme in ihre Augen, die sich vor seinem herzlichen Blick wie in leiser Verlegenheit zu verschleiern schienen. Der Wein verlieh ihren ebenmäßigen Zügen eine leise Röte, die kalte Schönheit belebend.

Es war zum ersten Male, daß Weltner sah, wie schön diese Frau war. Wirklich sonderbar, daß sie noch allein durchs Leben ging.

„Das grüne Kleid steht dir gut, Ina", meinte er lächelnd und setzte sich behaglich ihr gegenüber, „besonders, wenn du durch so ein wenig Wein aus deiner gleichmäßigen Kühle kommst. Sag einmal, wie ist es denn eigentlich gekommen, daß du seit deiner unglücklichen ersten Ehe noch unverheiratet bist? Die Männer müßten sich doch eigentlich um dich scharen wie die Schmetterlinge um das Licht!"

Inas Herz tat einen schnelleren Schlag. Es war das erstemal, seit sie hier als Stellvertreterin für die Verstorbene weilte, daß ihr Vetter ein persönlicheres Gespräch über sie selbst begann. Das war ein günstiges Zeichen. Und man mußte die Situation klug ausnutzen.

„Wie das gekommen ist?" Sie sah wie in leichter Verlegenheit vor sich hin und an dem fragenden Blick vorbei.

„Nun, vielleicht ist der Rechte noch nicht gekommen, lieber Robert, der mich die Enttäuschungen meiner ersten Ehe vergessen ließ."

„Und wie müßte er denn sein, der Rechte?" fragte Weltner lächelnd. „Erzähl' mir das einmal! Aber vergiß bitte darüber nicht das Essen. Du hast recht, es schmeckt wirklich besser zu zweien als allein. Also, wie müßte er sein, der Richtige für meine schöne Kusine?" (Forts. folgt.)